



---

## Ausschussdrucksache 20(9)252

8. Mai 2023

---

**Prof. Mariana Mazzucato (PhD)  
University College London (UCL)  
Great Britain**

### Stellungnahme

#### Öffentliche Anhörung

#### zu den Vorlagen

- a) Antrag der Fraktion der CDU/CSU  
**Eine europäische Antwort auf das US-Gesetz zur Inflationsbekämpfung geben – Standort Europa stärken, transatlantische Partnerschaft ausbauen**  
**BT-Drucksache 20/5352**
- b) Antrag der Abgeordneten Christian Leye, Alexander Ulrich, Dr. Gesine Löttsch, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.  
**Deindustrialisierung verhindern – Aktive Industriepolitik für Klima und Beschäftigung als robuste Antwort auf das US-Gesetz zur Bekämpfung der Inflation**  
**BT-Drucksache 20/6545**
- c) **Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Europäischen Rat, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen**  
**Ein Industrieplan zum Grünen Deal für das klimaneutrale Zeitalter**  
**KOM(2023)62 endg.; Ratsdok.-Nr. 5933/23**

**am 10. Mai 2023**

10. Mai 2023

**Stellungnahme im Rahmen der öffentlichen Anhörung im  
Wirtschaftsausschuss des Deutschen Bundestags zum Thema „Europäische  
Antwort auf den Inflation Reduction Act“**

**von Professor Mariana Mazzucato**

Die Welt steht vor immensen Herausforderungen im Zusammenhang mit dem Klimawandel, gesundheitlichen Ungleichheiten und der digitalen Disruption. Die große Frage unserer Zeit ist die, wie wir diese Herausforderungen in Chancen verwandeln können, die dem öffentlichen und dem privaten Sektor Gelegenheit bieten, in noch nie da gewesenem Umfang zu investieren, innovativ zu sein und zusammenzuarbeiten. Dabei kommt es entscheidend darauf an, dass diese wirtschaftlichen Aktivitäten zu inklusivem und nachhaltigem Wachstum führen und die Früchte gerecht zwischen allen Wirtschaftsakteuren aufgeteilt werden. In dieser Stellungnahme für den Wirtschaftsausschuss des Deutschen Bundestages lege ich dar, dass Europa die Möglichkeit hat, investitions- und innovationsgestütztes Wachstum zu schaffen, wenn es (1) ambitionierte Investitionen tätigt und staatliche Kapazitäten aufbaut, (2) Investitionen in die Adressierung seiner größten Herausforderungen lenkt, (3) eine neue, aufgabenorientierte Industriestrategie einführt, (4) dynamische Partnerschaften zwischen öffentlichem Sektor und Privatwirtschaft aufbaut, (5) für Abstimmung zwischen den EU-Mitgliedstaaten sorgt und (6) Bereiche für strategische Koordination und Zusammenarbeit mit den USA findet.

Die Industriepolitik ist wieder da, und die Vereinigten Staaten und China investieren massiv, um sich beim grünen Wandel strategisch in eine Führungsrolle zu bringen. Die Biden-Regierung in den USA hat seit ihrem Amtsantritt 2021 mehr als 2 Billionen Dollar in die Wirtschaft des Landes gepumpt: 1,2 Billionen im Rahmen des „Bipartisan Infrastructure Bill“, 280 Milliarden im Rahmen des „Chips and Science Act“ und 579 Milliarden im Rahmen des „Inflation Reduction Act“. Derweil hat China 2019 etwa 1,73 Prozent seines BIP, d. h. 407 Milliarden Dollar, in seine Industriepolitik gesteckt. Darüber hinaus beobachten wir überall auf der Welt die Herausbildung einer *neuartigen* Industriepolitik, die ambitionierter darum bemüht ist, öffentliche und private Investitionen und Innovationen auf klare Ziele hin auszurichten und den Nutzen, der sich aus der wirtschaftlichen Aktivität ergibt, gezielter zu verteilen.

Dies ist eine einmalige Gelegenheit für Europa, seine eigene Industriestrategie in die richtigen Bahnen zu lenken. Der im Januar 2023 vorgestellte Green-Deal-Industrieplan der Europäischen Kommission ist ein wichtiger Anfang, aber er hat zwei wesentliche Schwachstellen: Er sieht keine neuen europäischen Finanzmittel vor und beschränkt sich auf den Einsatz von Subventionen als Investitionsinstrumente. Das Programm „Next Generation EU“ (NextGenEU) hingegen ist ein Beispiel für europäische Ambition und Zweckorientierung, denn es setzt klare und durchsetzbare Prioritäten für grüne und digitale Investitionen. Wenn Europa seine strategische Autonomie stärken und inklusives und nachhaltiges Wachstum generieren will, dann sollten die Europäische Kommission und die Mitgliedstaaten genauso ambitioniert agieren wie beim Programm NextGenEU, Aufgaben ins Zentrum ihres Handelns und des Green-Deal-Industrieplans stellen und Investitionen tätigen, die neue Märkte schaffen und die langfristige industrielle Wettbewerbsfähigkeit erhöhen.

**Empfehlung 1: Ambitioniertere Investitionen und Kapazitätsaufbau statt Rückkehr zur Austerität.**

Europa läuft Gefahr, erneut in die Austeritätsfalle zu tappen. Am 25. April mahnte der deutsche Finanzminister Christian Lindner an, die Europäische Kommission möge Defizite und Schuldenquoten senken: „Wir brauchen klare fiskalpolitische Regeln, die solide öffentliche Finanzen in der EU sicherstellen, und wir müssen dafür sorgen, dass sie besser durchgesetzt werden.“ Das haben wir schon einmal gehört – und zwar nach der Finanzkrise 2008 – und es führte zur Aushöhlung des öffentlichen Sektors, zu wirtschaftlicher Stagnation und wachsenden Ungleichheiten in ganz Europa. Um die Herausforderungen in Europa zu bewältigen, braucht es *investitionsgestütztes* Wachstum und kompetente öffentliche Verwaltungen. In Ergänzung zu bestehenden Initiativen wie NextGenEU und REPowerEU müssen die Europäische Kommission und die Mitgliedstaaten mehr Geld aufbringen, um mit den ehrgeizigen Zielen der USA und Chinas mitzuhalten, und gleichzeitig ambitionierter in ihre eigenen Kapazitäten und Fähigkeiten investieren.

**Empfehlung 2: Direkte Investitionen in Europas größte Herausforderungen zur Steigerung langfristiger Wettbewerbsfähigkeit.** Wachstum hat *nicht nur* eine Wachstumsrate, es hat *auch* eine Richtung. Wenn öffentliche Investitionen strategisch eingesetzt werden, können sie neue Märkte hervorbringen, Investitionen des Privatsektors anziehen und die langfristige Wettbewerbsfähigkeit steigern. Ein gutes Beispiel dafür ist die Schaffung der grünen Stahlindustrie in Deutschland. Geleitet von dem hochgesteckten Ziel des Landes einer CO<sub>2</sub>-neutralen *Energiewende* hat die öffentlich-rechtliche deutsche Förderbank KfW ein Programm zur Vergabe grüner Kredite für die Schwerindustrie aufgelegt. Um diese zinsgünstigen KfW-Kredite in Anspruch nehmen zu können, müssen Stahlproduzenten (1) kohlenstofffreie oder kohlenstoffarme Verfahren anwenden, (2) die Einhaltung nachweisen und (3) sich einem dreistufigen Verifikationsverfahren unterziehen. Dadurch wurde ein neuer Markt für CO<sub>2</sub>-effizient produzierten Stahl geschaffen. Von diesem Vorteil als Vorreiter konnte die deutsche Stahlindustrie profitieren, ihre Innovationsrendite erhöhen und so global wettbewerbsfähig bleiben.

**Empfehlung 3: Entwicklung einer neuen aufgabenorientierten Industriestrategie.** Die Grundidee eines aufgabenorientierten Ansatzes besteht darin, komplexe Herausforderungen in konkrete Ziele zu übersetzen, die eine Zusammenarbeit verschiedener Sektoren erfordern – ob es um den Abbau der digitalen Kluft, den Aufbau von Netto-Null-Regionen oder darum geht, dafür zu sorgen, dass unsere Gesundheitssysteme besser auf die nächste Pandemie vorbereitet sind. Dieses Konzept unterscheidet sich von einer eng begrenzten, sektorenbezogenen Industrie- und Wirtschaftspolitik. Um die großen Herausforderungen unserer Zeit zu bewältigen, brauchen wir eine ressort-, sektor- und lieferkettenübergreifende Zusammenarbeit. So, wie für die Apollo-Mission und die Mondlandung ja auch nicht nur Innovationen in der Raumfahrt nötig waren, sondern auch in den Bereichen Ernährung, Materialien, Elektronik und Software, so betreffen Herausforderungen wie der Klimawandel nicht nur die erneuerbaren Energien, sondern auch eine ganze Reihe weiterer Sektoren. Aufgabenorientierte Politik heißt nicht, Gewinner auszuwählen – was man der Industriepolitik häufig vorwirft – sondern auf willige wirtschaftliche Akteure zu setzen, um gemeinsame Herausforderungen anzugehen. Die Europäische Kommission hat bereits einige Erfahrung mit dem aufgabenorientierten Ansatz, hat sie ihn doch zu einem Schlüsselement ihres 100-Milliarden-Euro-schweren Programms „Horizont Europa“ erhoben, das mit den Themen Anpassung an den Klimawandel, Krebs, saubere Ozeane, klimaneutrale Städte und Bodengesundheit nun fünf Aufgabenbereiche umfasst. Auch beim Industrieplan „European Green Deal“ könnte man Aufgaben in den Mittelpunkt stellen. Das wäre hilfreich, um die einzelnen Programme anhand klarer und ambitionierter Ziele zu strukturieren.

**Empfehlung 4: Aufbau dynamischer Partnerschaften zwischen dem öffentlichen Sektor und der Privatwirtschaft durch Einsatz von Instrumenten wie Konditionalitäten, um Subventionen und andere öffentliche Investitionen in eine gerechte, grüne Transformation zu lenken.**

Konditionalitäten können eingesetzt werden, um (1) den Zugang zu Gütern und Dienstleistungen zu verbessern, (2) direkte Investitionen in klimafreundliche Ziele zu lenken, (3) dafür zu sorgen, dass die Gewinne sich auf ein breiteres Spektrum von Stakeholdern aufteilen und (4) Reinvestitionen in produktive Geschäftsaktivitäten wie Forschung und Entwicklung sowie Aus- und Weiterbildung von Arbeitnehmenden zu fördern. So hat beispielsweise das US-Handelsministerium klare Konditionalitäten in den CHIPS Act aufgenommen, die darauf abzielen, Aktienrückkäufe einzuschränken, Aus- und Weiterbildung zu fördern und eine effizientere Nutzung von Wasser und Energie zu erreichen. Für die Europäische Kommission und die Mitgliedstaaten ergibt sich auch die Chance, nicht nur Subventionen zu gewähren, sondern auch strategische Direktinvestitionen zu tätigen, u. a. in Form von Bail-outs, Krediten oder gemeinsamer Beschaffung, indem sie diese bewusst auf Projekte in Frühphasen und Infrastrukturen ausrichten und so dafür sorgen, dass die richtigen Märkte geschaffen werden, mit denen strategische Ressourcen gesichert, inklusives und nachhaltiges Wachstum erzeugt und die gesellschaftlichen und ökologischen Herausforderungen der Region in Angriff genommen werden. So musste z. B. Air France, um in den Genuss des Rettungspakets der französischen Regierung in Höhe von 4 Mrd. EUR zu gelangen, drei Umweltauflagen zustimmen, die sich auf Effizienz (50-prozentige Effizienzsteigerung bis 2030 im Vergleich zu 2005, gemessen in CO<sub>2</sub> pro Passagierkilometer), Reduktion von Emissionen (50-prozentige Verringerung der Emissionen bei Inlandsflügen bis 2024) und auf den Einsatz von Treibstoffen (mindestens 2 % alternative Treibstoffe im Jahr 2025, ausgehend von 0 % im Jahr 2021) bezogen. Bei der Bindung öffentlicher Mittel an Auflagen geht es in diesem Zusammenhang um mehr als nur darum, Investitionen zu lenken und zu mobilisieren – es geht um die Neugestaltung des Vertrags zwischen öffentlichem Sektor und Privatwirtschaft und um die Gestaltung eines neuen Gesellschaftsvertrags, bei dem alle Wirtschaftsakteure an den Risiken und Erträgen der Wirtschaftstätigkeit beteiligt werden.

**Empfehlung 5: Mehr Abstimmung zwischen den europäischen Mitgliedstaaten, sowohl in Bezug auf Investitionen als auch auf institutionelle Strukturen.**

Der Europäischen Kommission und dem Europäischen Parlament stehen diverse Rahmen zur Verfügung, um Investitionen mit den Mitgliedstaaten zu koordinieren, darunter das Europäische Semester und die Aufbau- und Resilienzfazilität. Es gibt aber auch Chancen, andere EU-Finanzinstitutionen wie die Europäische Investitionsbank (EIB), den Europäischen Investitionsfonds (EIF) und die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE) mit der europäischen Industriestrategie in Einklang zu bringen. Eine Reihe ehrgeiziger Aufgaben könnte zu einer strategischen Koordination dieser Finanzinstitutionen und ihrer Investitionen beitragen. Darüber hinaus können auch stärkere institutionelle Symmetrien zwischen den einzelnen Ländern hilfreich sein. Beispielsweise könnten ambitionierte öffentlich-rechtliche Banken nach dem Vorbild der KfW mit ähnlichen Mandaten in anderen Mitgliedstaaten zu einer Vereinheitlichung ihrer Bemühungen führen und es den europäischen Gremien erleichtern, Finanzmittel zwischen EU-Ländern zu verteilen.

**Empfehlung 6: Identifizierung von Bereichen für Koordination und Zusammenarbeit mit den USA.**

Ein Konflikt zwischen Europa und der Biden-Administration wäre kontraproduktiv. Das könnte zu einem grünen Subventionswettbewerb nach unten führen, der eher darauf ausgerichtet ist, die Risiken für die Privatwirtschaft zu mindern und reaktiv Investitionen anzuziehen, als darauf, sinnvolle öffentliche Investitionen zu tätigen, die an Auflagen gekoppelt sind. Man kann die Sache auch anders sehen: Der „Inflation Reduction Act“ hat in den USA einen großen Markt für grüne Energie eröffnet, in den europäische Unternehmen investieren können. Europa kann es genauso machen, um mehr Investitionen anzuziehen. Das würde auch eine bessere Abstimmung hinsichtlich des regulatorischen Umfelds und der Evaluierungsmethodiken zwischen Europa und den USA bedingen. So ist beispielsweise die globale Vereinbarung über nachhaltigen Stahl und Aluminium ein Versuch der Schaffung einer sektorbezogenen Handelsregelung für Ressourcen, die für die grüne Transformation

von entscheidender Bedeutung sind, aber ohne standardisierte Taxonomien kann das zu Handelsasymmetrien führen. Die globale grüne Transformation wird gewiss Chancen für Handel und Zusammenarbeit bieten. Ein Paradebeispiel hierfür ist die internationale Wettbewerbsfähigkeit der dänischen Windenergiebranche. Dänemark hat 2019 Energietechnologien und -dienstleistungen im Wert von 122,6 Milliarden DKK (etwa 18 Milliarden USD) exportiert. Bei 72 Prozent davon handelte es sich um „grüne“ Exporte. 18 Prozent aller im Jahr 2019 gelieferten Windkraftanlagen auf der ganzen Welt stammten vom dänischen Hersteller Vestas. Damit ist er der weltweit größte Lieferant für Windenergieanlagen, und das wiederum treibt insbesondere Chinas eigene grüne Transformation voran.

Das Fazit lautet: Die Industriepolitik ist wieder da, und jetzt bietet sich die Gelegenheit, die Weichen richtig zu stellen. Anstatt einen transatlantischen industriepolitischen Abwärts Wettlauf anzustoßen, haben die Europäische Kommission und die Mitgliedstaaten jetzt die Chance, eine Reihe aufgabenorientierter Industriestrategien zu entwickeln, die die Märkte von morgen gestalten und schaffen. Wenn es Europa ernst damit ist, seine strategische Autonomie zu wahren, dann ist es Zeit, seine von Austerität geprägte Haltung hinter sich zu lassen und ambitioniert und zielgerichtet zu investieren.